

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Herbert, Vilimsky, Mayerhofer
und weiterer Abgeordneter

betreffend Sicherheitspolitik in der XXIV. GP

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 2 betreffend
Erklärung der Bundesregierung in der 6. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP,
am 3. Dezember 2008.**

Das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, das SPÖ und ÖVP beschlossen haben, enthält im Kapitel Inneres, Justiz, Landesverteidigung sehr wenig konkrete Vorhaben und Pläne, dafür Lippenbekenntnisse, Evaluierungen und Überprüfungen.

So wird beispielsweise eine allgemeine Verstärkung der polizeilichen Präventionsarbeit, eine bessere Vernetzung bei der internationalen Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung, eine Harmonisierung von Behördenstruktur und Verwaltungsabläufen oder eine Erhöhung der Mitarbeitermotivation ohne konkreten Umsetzungsansatz angeführt.

Insbesondere sind die enthaltenen Ausführungen über die zukünftige personelle Gestaltung der Exekutive in Bezug auf die zu erwartenden starken Abgängen in den kommenden Jahren nicht geeignet, den ohnedies vakanten Personalbedarf und den damit in Zusammenhang stehenden dienstlichen Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen.

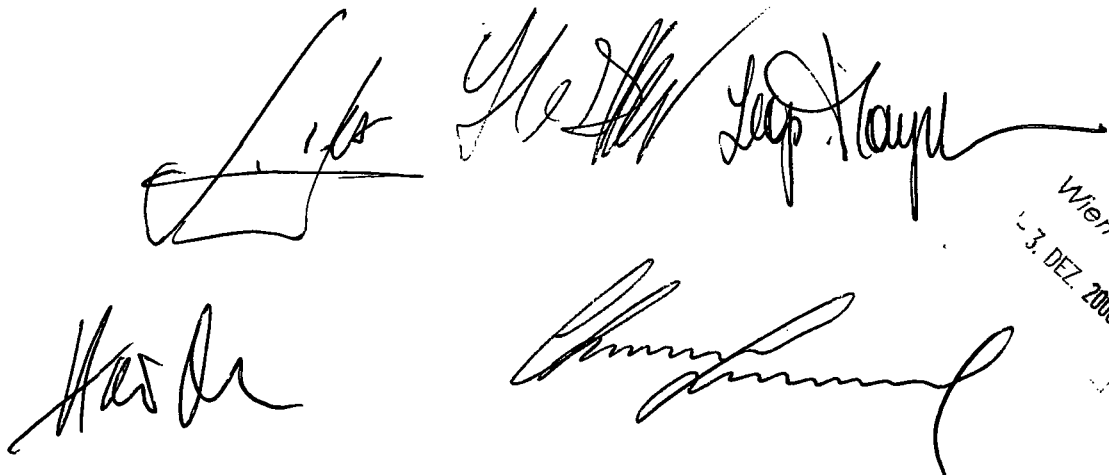
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellst möglich eine Regierungsvorlage betreffend ein neues Exekutivdienstgesetz vorzulegen.

Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, die Anzahl der Planstellen für die österreichische Exekutive um 3.000 Planstellen aufzustocken.“



Wien am
3. DEZ. 2008